



Justizministerialblatt für das Land Brandenburg

Herausgegeben vom Ministerium der Justiz und für Digitalisierung
Nr. 10 – 35. Jahrgang – Potsdam, 15. Oktober 2025

Inhalt	Seite
Bekanntmachungen	
Ungültigkeitserklärung von Dienstaussweisen Bekanntmachungen des Ministeriums der Justiz und für Digitalisierung vom 19. September 2025, 30. September 2025 und 2. Oktober 2025	82
Personalnachrichten	82
Ausschreibungen	83

Bekanntmachungen

Ungültigkeitserklärung von Dienstausweisen

Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz
und für Digitalisierung
Vom 19. September 2025

Folgender abhanden gekommener Dienstausweis wird hiermit für ungültig erklärt:

Herr **Kay Höfig**, Justizvollzugsamtsinspektor, Dienstausweis-Nr. **226 517**, ausgestellt am 13. September 2023, gültig bis 12. September 2033.

Ich bitte alle Justizbehörden, insbesondere die Justizvollzugsanstalten, Vorkehrungen zu treffen, um eine missbräuchliche Benutzung des Ausweises zu verhindern. Feststellungen über den Verbleib des Ausweises sind umgehend dem Ministerium der Justiz und für Digitalisierung mitzuteilen.

Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz
und für Digitalisierung
Vom 30. September 2025

Folgender abhanden gekommener Dienstausweis wird hiermit für ungültig erklärt:

Herr **Niklas Wenske**, Justizvollzugshauptsekretär, Dienstausweis-Nr. **163 453**, ausgestellt am 20. Juni 2022, gültig bis 31. Dezember 2033.

Ich bitte alle Justizbehörden, insbesondere die Justizvollzugsanstalten, Vorkehrungen zu treffen, um eine missbräuchliche Benutzung des Ausweises zu verhindern. Feststellungen über den Verbleib des Ausweises sind umgehend dem Ministerium der Justiz und für Digitalisierung mitzuteilen.

Bekanntmachung des Ministeriums der Justiz
und für Digitalisierung
Vom 2. Oktober 2025

Folgender abhanden gekommener Dienstausweis wird hiermit für ungültig erklärt:

Herr **Frank Bender**, Obergerichtsvollzieher, Dienstausweis-Nr. **206 191**, ausgestellt am 30. Dezember 2018, gültig bis 31. Dezember 2028.

Ich bitte alle Justizbehörden, insbesondere die Justizvollzugsanstalten, Vorkehrungen zu treffen, um eine missbräuchliche Benutzung des Ausweises zu verhindern. Feststellungen über den Verbleib des Ausweises sind umgehend dem Ministerium der Justiz und für Digitalisierung mitzuteilen.

Personalnachrichten

Ordentliche Gerichtsbarkeit

Ernannt:

zur **Richterin/zum Richter**: Assessorin Deborah Bosch, Assessor Matthias Jänike, Assessor Christian Appelt, Assessorin Marina Langhofer

Versetzt:

Gerichtsvollzieherin Elise Weller vom Amtsgericht Prenzlau an das Amtsgericht Bernau bei Berlin

Ruhestand:

Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht Frank Beckmann aus Brandenburg an der Havel; Justizoberamtsrätin Christina Starick aus Cottbus; Justizhauptsekretärin Gabriele Wessely aus Luckenwalde; Justizamtsinspektorin Bärbel Haseloff aus Brandenburg an der Havel; Justizhauptwachtmeisterin Rita Peters aus Neuruppin

Staatsanwaltschaften

Ernannt:

zur **Staatsanwältin/zum Staatsanwalt**: Staatsanwältin (Richterin auf Probe) Melanie Noack in Cottbus, Staatsanwältin (Richterin auf Probe) Denise Wilk in Frankfurt (Oder), Staatsanwältin (Richterin auf Probe) Mandy Schlüer in Neuruppin,

Staatsanwalt (Richter auf Probe) Jeremy Schlät in Potsdam; zur **Justizamtsinspektorin – A 9 mit Amtszulage –**: Justizamtsinspektorin Martina Wagner in Cottbus

Ruhestand:

Justizamtsinspektorin Marita Friedrich aus Frankfurt (Oder)

Verwaltungsgerichtsbarkeit

Ruhestand:

Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Manfred Kalmes aus Frankfurt (Oder)

Justizvollzug

Ernannt:

zur **Justizvollzugsamtsinspektorin / zum Justizvollzugsamtsinspektor – A 9 mit Amtszulage –**: Justizvollzugsamtsinspektorin Marion Landes, Justizvollzugsamtsinspektor Dirk Beilke, Justizvollzugsamtsinspektor Tobias Hempe, Justizvollzugsamtsinspektor Jens Lauterbach, Justizvollzugsamtsinspektor Mike Mensel, Justizvollzugsamtsinspektor Mario Richter, Justizvollzugsamtsinspektor Michael Schumann, Justizvollzugsamtsinspektor Jörg Teichmann bei der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel; zur **Justizvollzugshauptsekretärin / zum**

Justizvollzugshauptsekretär – A 8 – (Beamtin/Beamter auf Lebenszeit): Justizvollzugshauptsekretärin Lara Birkholz, Justizvollzugshauptsekretär David Barg, Justizvollzugshauptsekretär Heiko Friese, Justizvollzugshauptsekretär Michael Vocke bei der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel; Justizvollzugshauptsekretärin Nicole Bensch, Justizvollzugshauptsekretärin Ayleen Branzke, Justizvollzugshauptsekretär Steve Kürschner, Justizvollzugshauptsekretär Martin Pawlak bei der Justizvollzugsanstalt Cottbus-Dissenchen; Justizvollzugshauptsekretär Andreas Letzien, Justizvollzugshauptsekretär Fabian Preuße bei der Justizvollzugsanstalt Luckau-Duben; Justizvoll-

zugshauptsekretär Martin Strohm, Justizvollzugshauptsekretär Keven Munk, Justizvollzugshauptsekretär Stephan Zander bei der Justizvollzugsanstalt Nord-Brandenburg, Teilanstalt Neurruppin-Wulkow; Justizvollzugshauptsekretär Kevin Sell bei der Justizvollzugsanstalt Nord-Brandenburg, Teilanstalt Wriezen; zur **Abteilungsschwester – A 8 – (Beamtin auf Probe):** Regierungsbeschäftigte Katlen Rößler bei der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel; zum **Technischen Regierungshauptsekretär – A 8 – (Beamter auf Probe):** Regierungsbeschäftigter Stefan Fleischer, Regierungsbeschäftigter Danny Naumberger bei der Justizvollzugsanstalt Brandenburg an der Havel

Ausschreibungen

Ministerium der Justiz und für Digitalisierung

I.

Es wird – vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen – Bewerbungen für die folgenden Stellen entgegengesehen:

- bei dem Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

mehrere Stellen für eine **Vorsitzende Richterin** oder einen **Vorsitzenden Richter** (Besoldungsgruppe R 3 BbgBesO).

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im Justizministerialblatt vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., sowie auf die „Gemeinsame Allgemeine Verfügung über die Anforderungen für die Eingangs- und Beförderungsämter im richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Dienst (AnforderungsAV)“ der Senatorin für Justiz und der Senatorin für Integration, Arbeit und Soziales vom 5. Dezember 2007, veröffentlicht im Amtsblatt für Berlin vom 14. Dezember 2007, S. 3204 ff., Bezug genommen.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen aktiv auf die Gleichstellung von Frauen und Männern und auf die Inklusion schwerbehinderter Menschen hinwirken sowie der Diversität der Beschäftigten wertschätzend begegnen.

Da in diesem Bereich Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie besonders aufgefordert, sich zu bewerben (§ 7 Absatz 4 LGG).

Eine Teilzeitbeschäftigung ist gemäß §§ 4, 5 BbgRiG möglich.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber und ihnen Gleichgestellte werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Die Ausschreibung richtet sich ausschließlich an Beförderungsbewerberinnen und Beförderungsbewerber aus der Sozialgerichtsbarkeit der Länder Berlin und Brandenburg.

Bewerbungen sind bis zum **15. November 2025** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz und für Digitalisie-

rung des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Präsidialrates und des Gemeinsamen Richterwahlausschusses der Länder Berlin und Brandenburg einverstanden sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Bewerberinnen und Bewerber eine Mitteilung des Bundesarchivs – Stasi-Unterlagen-Archiv – zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik eingeholt wird.

Hinweis:

Wir fördern aktiv die Gleichstellung aller Mitarbeitenden und wertschätzen Vielfalt. Willkommen sind daher alle Bewerbungen – unabhängig von Geschlecht, ethnischer und sozialer Herkunft, Religion/Weltanschauung, Behinderung, Alter sowie sexueller Orientierung und geschlechtlicher Identität. Wir streben die Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationsgeschichte entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung an. Personen mit familiärer Migrations- und Fluchtgeschichte werden insoweit ermutigt, sich zu bewerben.

II.

Es wird – vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Voraussetzungen – Bewerbungen für die folgenden Stellen entgegengesehen:

- bei dem Brandenburgischen Oberlandesgericht

eine Stelle für eine **Vorsitzende Richterin** oder einen **Vorsitzenden Richter** am Oberlandesgericht (Besoldungsgruppe R 3 BbgBesO)
- bei dem Amtsgericht Brandenburg an der Havel

eine Stelle für eine **Richterin** oder einen **Richter** am Amtsgericht (Besoldungsgruppe R 1 BbgBesO).

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Minis-

terin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV), veröffentlicht im JMBl. für das Land Brandenburg vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., Bezug genommen.

Eine Teilzeitbeschäftigung ist unter den Voraussetzungen der §§ 4 und 5 BbgRiG möglich.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Da im Bereich der Vorsitzenden Richterinnen und Richter am Brandenburgischen Oberlandesgericht Frauen unterrepräsentiert sind, sind sie insoweit besonders aufgefordert, sich zu bewerben (§ 7 Absatz 4 LGG).

Die Ausschreibung der Stelle bei dem Brandenburgischen Oberlandesgericht richtet sich ausschließlich an Richterinnen und Richter, die bereits in der ordentlichen Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg beschäftigt sind.

Die Ausschreibung der Stelle bei dem Amtsgericht Brandenburg an der Havel richtet sich ausschließlich an Richterinnen und Richter auf Probe aus der ordentlichen Gerichtsbarkeit des Landes Brandenburg.

Bewerbungen sind bis zum **15. November 2025** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz und für Digitalisierung des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten durch die Mitglieder des Präsidialrates und des Richterwahlausschusses einverstanden sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass für die Bewerberinnen und Bewerber bei Stellen ab der Besoldungsgruppe R 2 BbgBesO eine Mitteilung des Bundesarchivs – Stasi-Unterlagen-Archiv – zur Feststellung einer hauptamtlichen oder inoffiziellen Tätigkeit für den Staatssicherheitsdienst der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik eingeholt wird.

III.

Es wird Bewerbungen für die folgenden Stellen entgegengesehen:

- bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt (Oder)
 - eine Stelle für eine **Oberstaatsanwältin** oder einen **Oberstaatsanwalt** (Besoldungsgruppe R 2 BbgBesO)
- bei der Staatsanwaltschaft Potsdam
 - drei Stellen für eine **Staatsanwältin** oder einen **Staatsanwalt** (Besoldungsgruppe R 1 BbgBesO).

Wegen der an die Bewerberinnen und Bewerber zu stellenden Anforderungen wird auf die Allgemeine Verfügung der Ministerin der Justiz vom 26. November 2007 (AnforderungsAV),

veröffentlicht im JMBl. für das Land Brandenburg vom 17. Dezember 2007, S. 180 ff., Bezug genommen.

Eine Teilzeitbeschäftigung ist nach Maßgabe der beamtenrechtlichen Regelungen (§§ 78 ff. des Landesbeamtengesetzes) möglich.

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei gleicher Eignung, Befähigung und Leistung bevorzugt berücksichtigt.

Da Frauen in dem Bereich der Oberstaatsanwältinnen und Oberstaatsanwälte unterrepräsentiert sind, sind sie besonders aufgefordert, sich zu bewerben.

Die Ausschreibung der R 2-Stelle richtet sich ausschließlich an Beförderungsbewerberinnen und -bewerber, die bereits im staatsanwaltschaftlichen Dienst des Landes Brandenburg tätig sind.

Die Ausschreibung der R 1-Stellen richtet sich ausschließlich an Richterinnen und Richter auf Probe, die bereits im staatsanwaltschaftlichen Dienst des Landes Brandenburg beschäftigt sind.

Bewerbungen sind bis zum **15. November 2025** auf dem Dienstweg an das Ministerium der Justiz und für Digitalisierung des Landes Brandenburg, Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam, zu richten.

Die Bewerberinnen und Bewerber sollen ihrer Bewerbung die Erklärung beifügen, dass sie mit einer Einsichtnahme in ihre Personalakten – auch durch die Mitglieder des Gesamtstaatsanwaltsrates – einverstanden sind.

Arbeitsgericht Frankfurt (Oder)

Beim Arbeitsgericht Frankfurt (Oder) ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt die Stelle

eines **Rechtspflegers** (m/w/d) BesGr. A 9

unbefristet zu besetzen.

Arbeitsgebiet

- a. Rechtspfleger/in
- b. Urkundsbeamter/in (gehobener Dienst)

Formale Anforderungen:

- eine erfolgreich abgeschlossene Laufbahnprüfung für den gehobenen Justizdienst (Rechtspflegerprüfung) und somit die Laufbahnbefähigung für die Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt

Fachliche Anforderungen:

- Unabdingbar sind gründliche Fach- und Rechtskenntnisse und korrekte Anwendung der für den Laufbahnzweig und das Aufgabengebiet einschlägigen Vorschriften.
- Vorausgesetzt werden ferner anwendungssichere Kenntnisse im Umgang mit der vorhandenen Informationstechnik.

Außerfachliche Anforderungen:

- Fähigkeit und Bereitschaft, sich schnell und gründlich in neue Rechtsgebiete einzuarbeiten
- Fähigkeit zum selbständigen Arbeiten
- Einsatzbereitschaft und Belastbarkeit
- Teamfähigkeit und Kommunikationsstärke
- gutes schriftliches und mündliches Ausdrucksvermögen
- Bereitschaft, auch in der Außenstelle in Eberswalde zu arbeiten

Wir bieten:

- Besoldung der Besoldungsgruppe A 9
- Abwechslungsreiche und verantwortungsvolle Aufgaben in der Arbeitsgerichtsbarkeit, die originär dem Diplom-Rechtspfleger obliegen (§ 2 Absatz 3 RPfLG). Hierzu gehören die Tätigkeiten aus dem Bereich der Zivilprozesssachen (z. B. Prozesskostenhilfe, Kostenfestsetzung, Aufnahme von Er-

- klärungen auf der Rechtsantragstelle sowie Mahn- und Vollstreckungsverfahren) und die selbstständige, sachlich unabhängige Wahrnehmung hoheitlicher Aufgaben. Des Weiteren ist auch eine Übertragung von Verwaltungsaufgaben vorgesehen.
- eine flexible Arbeitszeitgestaltung / Möglichkeit von Homeoffice
 - umfangreiche Fortbildungsmöglichkeiten

Schwerbehinderte Bewerberinnen und Bewerber werden bei entsprechender Eignung bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen sind unter Beifügung einer tabellarischen Tätigkeitsübersicht, eines Lebenslaufes und einer Ablichtung der letzten dienstlichen Beurteilung (nicht älter als 1 Jahr und nicht bei Berufsanfängern) bis **30. November 2025** an das Arbeitsgericht Frankfurt (Oder), Gartenstraße 3, 15230 Frankfurt (Oder) zu richten.